

Gesundheitswesen gleich AG?

Sollen die Spitäler von Basel-Stadt und Basel-Land fusionieren und damit rechtlich zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen werden? Das Gesundheitswesen leidet unter der neoliberalen Politik so sehr, dass nun privatisiert werden soll. So ein Witz! Auch in der Nordwestschweiz möchte die neoliberale Politik wieder ihre arbeitsfeindlichen Strategien im Gesundheitswesen durchsetzen. Am nächsten Abstimmungswochenende kommen in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land zwei Gesetze zur Abstimmung: Die Vorlagen „Staatsvertrag Gesundheitsversorgung“ und „Staatsvertrag Universitätsspital Nordwest AG und Beteiligungsgesetz USNW“. Die SP Basel-Stadt ist dagegen, die SP Basel-Land liess sich von den bürgerlichen Massnahmen mitreissen.

Drohung Spitalschliessung

Der „Staatsvertrag Gesundheitsversorgung“, der für eine gemeinsame Planung, Aufteilung und Kontrolle der Spitäler und Krankheitsfälle die Rahmenbedingungen im stationären und ambulanten Bereich sorgen soll, steht im linken Spektrum als annehmbar da. Der „Staatsvertrag Universitätsspital Nordwest AG“ sieht vor, an den Standorten Basel, Bruderholz, Liestal und Laufen klare Kernaufgaben zu konzentrieren. Der Zusammenschluss zu einer Aktiengesellschaft werde zwar den Kanton als „Besitzer“ sichern, doch das restliche Drittel der Aktien soll dem „öffentlichen Zweck“ dienen. Wieder einmal sind es Vorlagen mit komplizierten Aspekten, die den WählerInnen die Wahl erschweren soll. Als drohendes Argument hört man, dass im Falle einer Nichtannahme der Standort Bruderholz geschlossen werden müsse und der Kanton Basel-Land sich mit anderen Nachbarkantonen zusammenschliessen könnte. Damit würde Basel-Stadt isoliert und Fallzahlen verlieren usw. Die Politik will auch hier totale Unabhängigkeit und Privatisierung des Service Public. Es zeigt sich ein weiteres Mal der unausweichliche Widerspruch des kapitalistischen Systems, der bei den ArbeiterInnen und Krankenversicherten sparen will, und zwar auf Kosten ihrer Gesundheit.

Spardruck und Arbeitsverdichtung

Isabelle Stocker, Verantwortliche für das Spitalwesen der Gewerkschaft VPOD (Verband des Personals der öffentlichen Dienste) über den Ursprung der vorliegenden Abstimmung über die Spitalfusion: „Er liegt in der Einführung der Fallkostenpauschalen und den politischen Bestrebungen, das Gesundheitswesen der freien Marktwirtschaft und somit der Profitlogik zu unterwerfen. Um auf diesem Markt flexibel reagieren zu können, stimmte die Bevölkerung vor sechs Jahren der Verselbständigung des Unispitals zu. Diese wurde mit den Versprechungen legitimiert, die Verselbständigung sei keine Privatisierung, die Anstellungsbedingungen blieben weiterhin öffentlich-rechtlicher Natur und die Angestellten würden keine Verschlechterungen in der Pensionskasse erfahren. Sechs Jahre später haben diese Versprechen keine Gültigkeit mehr, eine Aktiengesellschaft und privatrechtliche Anstellungsbedingungen müssen her.“ Den Spardruck und die Arbeitsverdichtung spürten die Basis und die Patientinnen und Patienten täglich, hält Isabelle Stocker fest, der VPOD sei dezidiert der Meinung, dass ein Arbeitgeber im Gesundheitswesen nicht nur für hochqualifizierte Spitzenchefärzte attraktiv sein müsse, sondern für alle Berufsgruppen, denn nur so erhielten Patientinnen und Patienten wirklich qualitativ hochstehende Behandlung und Pflege.

Gesundheitsfachleute dagegen

Im Westen nichts Neues. Die PdAS warnte schon im Wahlprogramm 2015 am Beispiel des Spitals „La Providence“ im Kanton Neuenburg, das von der Firma Genolier übernommen wurde, dass diese Privatisierungen als Allererstes die ArbeiterInnen treffen und zu den Kündigungen der Gesamtarbeitsverträge führen. Die Gesamtarbeitsverträge stehen historisch für einen Kompromiss und müssen eingehalten werden. Glücklicherweise erreicht uns die Mitteilung, dass sich 160 Fachleute „getraut“ hätten, sich öffentlich für ein Nein auszusprechen. 160 Leute einer riesigen Spitalgruppe mögen nach wenig klingen. Doch die InitiantInnen sind erstens nicht alle in einer Gewerkschaft und zweitens braucht es bei solch einer Abstimmung mit vielen verwirrenden Argumenten eine ausführliche Diskussion und einen Konsens. Auf die Frage, weshalb es Mut brauche zu unterschreiben, antworten die BefürworterInnen, dass in den Betrieben die Ja-Kampagne omnipräsent sei und man aus Angst, die Stelle zu verlieren und aufgrund der Loyalität zum Betrieb solch eine Entscheidung mehrmals überlege. Konkrete Diskriminierungsfälle liegen nicht vor. Die InitiantInnen haben unter anderem für die Sicherheit der Arbeitsstellen und Erhaltung einer qualitativen Arbeitsteilung unterschrieben, da kein Gesamtarbeitsvertrag vorliegt und die neue Pensionskassen-Regelung einseitige Verschlechterungen bringt. Das Spitalpersonal sei zunehmend verunsichert und auf vage Zusicherungen könne es sich nicht verlassen. Ihr Aufruf beinhaltet ebenfalls die Einsicht, dass im Falle einer Privatisierung das Parlament und die Bevölkerung im Gesundheitsbereich nichts mehr zu sagen haben werden. .

Durch diese hinterlistige neoliberale Politik werden die Widersprüche für die Bevölkerung offenbart. Dies zeigt wieder für alle, dass im kapitalistischen System der Maximalprofit vor dem Wohl des Menschen steht, dass die Mächtigen Krisen verursachen und dafür das Volk und die ArbeiterInnen das Gesundheitswesen bezahlen sollen. Ein Nein wird heissen, dass wir die Rechnung eurer Krisen nicht übernehmen wollen!

Seyhan Karakuyu.

Vorwärts, 7.2.2019.

Vorwärts > Spita BS Kanton. Fusion. Vorwaerts, 2019-02-07